



LSV BS SH

Landesschüler*innenvertretung
der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein

Landesschüler*innensprecher
Elias Görth

Kontakt: elias.goerth@bs.schuelervertretung.de

Presse: presse@bs.schuelervertretung.de

Tel.: +49 1511 4908052

| Der Landesschüler*innensprecher

Kiel, der 11. Juni 2025

LSV BS SH | Brunswiker Str. 16-22 | 24105 Kiel

An:
siehe Mailverteiler

P R E S S E M I T T E I L U N G

Medienbildung statt Verbotswahn!

Kürzlich hat Ministerpräsident Daniel Günther ein Social Media-Verbot für Menschen unter 16 Jahren gefordert. Bundesbildungsministerin Prien verglich soziale Medien in diesem Zusammenhang sogar mit "Bordellen" und "Schnapsläden". Die LSV BS fordert alle Beteiligten auf, zu einem sachlichen und lösungsorientierten Diskurs zurückzukehren.

Selbstverständlich bedarf es durchdachter Konzepte für den Umgang junger Menschen mit Social Media. Herr Günther setzt hier aber am falschen Ende an: Jugendgefährdende Inhalte müssten strenger gefiltert und wegmoderiert werden, Plattformen, die sich dem verweigern, sanktioniert werden. Vor allem braucht es eine verpflichtende und funktionierende Altersverifikation für jugendgefährdendes und z. B. pornographisches Material. Die Idee, junge Menschen könnten mit ihrem 16. Geburtstag nach all den Jahren stumpfen Verbot auf einmal mit sozialen Medien umgehen, ist absurd.

Der Landesschülersprecher dazu:

"Die Forderung des Ministerpräsidenten liest sich schön in den Zeitungen, hat aber mit der Realität leider nicht viel zu tun. In Zukunft soll ein Vierzehnjähriger dann für eine Straftat mit einer Jugendstrafe bedacht werden können, allerdings kein Video vom Familienurlaub auf Instagram posten dürfen. Die Lösung muss auch hier in der Prävention liegen."

Weiterhin stellt sich auch die Frage der Umsetzung: Wer bestraft denn eigentlich wen, wenn gegen das Verbot verstoßen wird? Und wer kontrolliert eigentlich, welche Apps auf welchen Handys genutzt werden? Dürfen junge Menschen nur keine eigenen Accounts besitzen oder auch das Handy der Eltern mit installierten sozialen Medien nicht mehr nutzen?

Anstatt über neue Repressionen und Eingriffe in Persönlichkeitsrechte junger Menschen, sollte die Landesregierung über die Stärkung von Medienbildung in Schule nachdenken. Wer allen Ernstes glaubt, mit der Einführung von Informatikunterricht sei das Thema Medienbildung in Schule abgehakt, der ist in grauen Vorzeiten stecken geblieben. Festzuhalten ist außerdem, dass ein landesweites Handyverbot in Schulen die Medienkompetenz junger Menschen sicherlich nicht stärken wird.

Wir fordern, von Verboten abzusehen und über Prävention zu sprechen und zwar mit uns jungen Menschen. Immerhin sind wir derzeit wieder einmal diejenigen, über die gesprochen wird.

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne per Mail unter elias.goerth@bs.schuelervertretung.de oder telefonisch unter +49 1511 4908052 an den Landesschülersprecher, Elias Görth.